



Einfache Anfrage

Einfache Anfragen Max Lemmenmeier und Christine Bölsterli-Wickart: Auswirkungen des Steuerpaketes (Abstimmung vom 16. Mai 2004) auf den städtischen Haushalt; Beantwortung

Max Lemmenmeier hat am 17. März, Christine Bölsterli-Wickart am 23. März 2004 eine Einfache Anfrage (vgl. Beilage) zum genannten Thema eingereicht. Der Stadtrat beantwortet diese Anfragen wie folgt:

1. Die Auswirkungen des Steuerpaketes sind komplex und lassen sich aufgrund der unklaren Aussagen des Bundesrates und der Befürworter heute noch nicht abschliessend beurteilen. Insbesondere ist unklar, welche Sparmassnahmen durch dieses Paket auf Bundes- und Kantonsebene ausgelöst würden. Mit dem gewählten Vorgehen wird ein wichtiger Grundsatz einer vernünftigen Finanzpolitik, nämlich Ausgaben und Einnahmen in ihrer Gesamtheit zu bedenken, verletzt. Auch aus Sicht des Stadtrates ist dieses Paket daher abzulehnen, da die Einnahmefälle nicht tragbar sind und viele Gemeinden und Städte in finanzielle Schwierigkeiten stürzen würden. Insbesondere würden auf kantonaler Ebene wohl auch die Mittel fehlen, um die Stadt im Bereich der zentralörtlichen Leistungen zu entlasten.
2. Die direkten Auswirkungen auf die städtischen Steuereinnahmen ergeben sich aus der geänderten Besteuerung des Wohneigentums, welche auch von den Kantonen zu übernehmen wäre.

Das Parlament ging mit der Neuordnung der Wohneigentumsbesteuerung weit über die Anträge des Bundesrates hinaus, mit dem Ergebnis, dass die Steuerausfälle vervielfacht wurden und das vorgeschlagene System Ungerechtigkeiten zwischen einzelnen Eigentümerkategorien schafft, d.h. die reichen Eigentümer bevorzugt. Es ist vorgesehen, die Eigenmietwertbesteuerung aufzuheben, während die Schuldzinsen während 10 Jahren nach dem Erwerb noch teilweise und die Unterhaltsaufwendungen, soweit sie Fr. 4'000.– im Jahr übersteigen, langfristig und nach oben unbegrenzt abgezogen werden können.



Die kantonale Steuerverwaltung hat die Ausfälle dieses Systemwechsels für die einzelnen Gemeinden im Kanton St.Gallen berechnet. Insgesamt verlieren die Gemeinden Einnahmen von rund 56 Millionen. Die Stadt verliert 5,8 Millionen oder 4,4 Steuerprozent. Dies ist im Vergleich mit anderen Gemeinden noch relativ bescheiden. Vor allem in ländlichen Gemeinden mit einem höheren Anteil an Wohneigentum machen diese Ausfälle deutlich mehr, nämlich 9 -12 Steuerprozent, aus. Meistens handelt es sich dabei um finanzschwache Gemeinden, denen diese Ausfälle vermutlich über den Finanzausgleich abgegolten werden müssten.

3. Die indirekten Auswirkungen sind schwieriger zu beurteilen. Auf Bundesebene führt das Steuerpaket zu Einnahmefällen von 1,5 Milliarden. Bezogen auf das 2004 budgetierte Defizit von 3,5 Milliarden handelt es sich um eine substantielle Grössenordnung. Es liegt auf der Hand, dass weitere Leistungsabbauprogramme folgen werden. Es ist bezeichnend, dass der Bundesrat sich weigert, darüber Auskunft zu geben, wo er diese Kürzungen vornehmen will. Es kann aber mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die Massnahmen auch Lastenverschiebungen auf die unteren Staatsebenen zur Folge haben werden, wie das bereits im Entlastungsprogramm 2003 geschehen ist. In welchem Ausmass und wo die Stadt letztlich betroffen sein wird, kann heute nur vermutet werden. Es ist davon auszugehen, dass ein Leistungsabbau etwa in folgenden Bereichen notwendig würde: öffentlicher Verkehr, Sicherheit, Schulen, Kultur, Gesundheitswesen und soziale Wohlfahrt.

Auf kantonaler Ebene wurde ein Ertragsausfall von 2,5 Milliarden errechnet. Davon entfallen 65 Millionen auf den Kanton St.Gallen. Auch dieser Betrag wird über Leistungsabbau oder Lastenverschiebungen finanziert werden müssen und damit wie das Sparpaket 2003 erneut auch den städtischen Haushalt belasten.

4. Aus all diesen Gründen sind zahlreiche Kantone, der Städteverband, über 100 Stadt- und Gemeindepräsidenten, rund 500 Stadt- und Gemeinderäte und auch die Mitglieder des Stadtrates St.Gallen dem Abstimmungskomitee „Nein zum Steuerpaket“ beigetreten. Zu den Argumenten und auch zur Zusammensetzung des breit abgestützten Komitees sei auf den Internetauftritt hingewiesen (www/nein-zum-steuerpaket.ch).

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
2 Einfache Anfragen

